

NETZTELEGRAMM

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein · Mosel · Saar

März 2007

www.oekumenisches-netz.de

Die Abschiebung der Yildirims

Liebe Leserinnen und Leser,

das letzte Netz-Telegramm von September 2006 beschäftigte sich mit Flucht, Fluchtursachen und der drohenden Abschiebung einer seit 1996 in Koblenz lebenden kurdischen Familie. Ende Oktober 2006 wurde diese fünfköpfige Familie aus dem Kirchenasyl heraus abgeschoben. Der Bruch des Kirchenasyls durch staatliche Organe stellt einen bisher einmaligen Fall in Rheinland-Pfalz dar. Grund genug, diesen konkreten Fall und die sich verschärfende Asyl- und Migrationspolitik Deutschlands und der EU genauer zu betrachten.

Der zweite Schwerpunkt dieses Netz-Telegramms, die Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm im Juni diesen Jahres, ist eng mit Migrationsfragen verknüpft: Die G8 interessiert vor allem die Investitionssicherheit und Afrika als Schwerpunktregion. Ihre Wirtschafts- und Migrationspolitik betreiben sie jedoch auf Kosten der in Afrika lebenden Menschen. Grund genug, gegen diese Politik in Heiligendamm und lokal vor Ort zu protestieren.

Ein Hinweis in eigener Sache: Die allgemeine Rubrik „Termine“ fehlt in diesem Netz-Telegramm. Wer aktuelle Termine einsehen möchte, findet sie auf der Netz-Homepage unter der Rubrik „Termine“.

Viele Grüße,

Sabine Ferrel-Wiel

Familie Yildirim in Koblenz im Sommer vor ihrer Abschiebung.

Foto: privat

Ein Lehrstück über die politischen Verhältnisse im Land

VON HERBERT BÖTTCHER

„Noch eine Abfuhr für Yildirims“, so überschrieb die Rhein-Zeitung ihren „Bericht“ über die gerichtliche Abweisung des Anspruchs auf Asyl oder Abschiebeschutz für die kurdische Familie. Beck und Bruch haben gesprochen und die Gerichte alles als rechtens bestätigt. Die lokalen Medien haben gehorsam verlautbart und konsequent jede Gegenrede aus dem Unterstützerkreis der Ende Oktober 2006 aus dem Kirchenasyl abgeschobenen Familie Yildirim und dem Dekanat Koblenz unterdrückt. Die Herren können zufrieden sein. So lässt sich nachhaltig Stimmung machen... und abschieben.

Diesem Zynismus der Macht und ihrem Zusammenspiel mit den ihr ergebenden Medien setzen wir die Sichtweise derer entgegen, die sich in ihrem ‚humanitären Engagement‘ nicht von einer ganz schlichten Einsicht haben abbringen lassen: Es darf nicht sein, dass Menschen in Verfolgung und Not abgeschoben wer-

den. Und schon gar nicht darf das mit Kindern geschehen.

Gemessen an diesem Kriterium offenbaren sich die gegen die Familie Yildirim gerichteten Vorwürfe als plumpe, aber populistisch wirksame Propaganda. Sie stempelt Opfer zu Tätern und lässt die politisch Verantwortlichen als Saubermänner erscheinen, die im Einklang mit der Stimmungslage ‚des Volkes‘ ihre Pflicht tun. Ist es nur ein Zufall, dass die Propaganda gegen die Familie Yildirim in ihrer Struktur mit den Generalverdächtigungen übereinstimmt, mit denen die immer neuen Leistungskürzungen und Repressionen gegen Arbeitslose und Schwache in unserer Gesellschaft gerechtfertigt und durchgesetzt werden? Im Kern lassen sie sich mit den Stichworten Verantwortungslosigkeit statt Eigenverantwortung, mangelnde Leistungsbereitschaft, Missbrauch und „arglistige Täuschung“ benennen.



Verantwortungslosigkeit?

„Wie beurteilen Sie das Wohl der in der Türkei zurück gelassenen Kinder?“ fragt Ministerpräsident Beck in einem handschriftlichen Zusatz zu einem Standardbrief an den Dekanatsrat des Dekanates Koblenz. Mit dieser Frage wird die Verantwortungslosigkeit der Eltern suggeriert, ein Vorwurf, der in der öffentlichen Diskussion immer wieder eine Rolle gespielt hat.

In seinem Antwortbrief schreibt der Dekanatsrat: „Sie fragen nach dem Schicksal der in der Türkei zurückgelassenen Kinder und erwecken damit den Eindruck eines verantwortungslosen Handelns der Eltern. Ist Ihnen bewusst, welche Ängste Eltern leiden, wenn sie die – wie die Familie Yildirim hoffen konnte – vorübergehende Trennung von ihren Kindern in Kauf nehmen? Dass Behörden und Politiker eine Lebenslage voller Angst und Verzweiflung benutzen, um sie gegen die betroffene Familie zu wenden und dabei noch den Eindruck der Sorge um die in der Türkei zurückgelassenen Kinder erwecken, dafür fehlt uns jedes Verständnis.“

Zum Zeitpunkt der Flucht waren die Kinder in einem Alter von 1, 3 und 5 Jahren. Sie wäre zu einem lebensgefährlichen Unternehmen geworden. Aufgrund ähnlich gelagerter Schicksale war zudem die Hoffnung der Eltern begründet, dass die Kinder nach Anerkennung des Asyls auf sicherem Weg nachkommen könnten.

Kostenfaktoren

Der Leiter des Koblenzer Ordnungsamtes, Reiner Klug, rechnet der Koblenzer Bevölkerung vor, was der „rechtswidrige Aufenthalt“

der Familie Yildirim den deutschen Steuerzahler kostet: 183.000 Euro zum Lebensunterhalt wurden bisher aufgewendet. Noch „weitere Gelder in unbestimmter Höhe“ hätten aufgewendet werden müssen, „da sich die Familie nicht selbst unterhalten konnte“. Dabei wird nicht erwähnt, dass „geduldete Menschen“ erst eine Arbeitsstelle bekommen, wenn kein Deutscher dafür zu finden ist, dass ab August letzten Jahres eine Arbeitsstelle für Herrn Yildirim gefunden war, aber von der Behörde keine Arbeitserlaubnis erteilt worden war.

Dass mit solchen Darstellungen Sozialneid geschürt und Entsolidarisierung betrieben wird, stört Herrn Klug keineswegs. Im Gegenteil, er kann sich sicher sein, dass solche ‚Argumente‘ in einer Situation, in der immer mehr Menschen zu den Verlierern in der Konkurrenzgesellschaft gehören, auf ‚fruchtbaren‘ Boden fallen. Die von Armut und Benachteiligung Betroffenen werden schamlos gegeneinander ausgespielt und dabei Deutsche gegen ausländische Flüchtlinge gestellt. Solche Botschaften hören viele gerne in einer Gesellschaft, in der Studien großen Teilen der Bevölkerung ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild bescheinigen.

Andere gebetsmühlenartig wiederholte Vorwürfe sind mangelnde Integrationsbemühungen und Missbrauch durch „arglistige Täuschung“ und Asylfolgeanträge. Der Unterstützerkreis hat sich detailliert damit auseinandergesetzt und gute Gründe für seine Sicht vorgebracht. Aber selbst wenn der Familie Yildirim in einzelnen Punkten ein nicht korrektes Verhalten nachgewiesen werden könnte, wäre damit die Abschiebung in Verfolgung und Elend nicht zu rechtfertigen. Dies wird um so deutlicher, wenn wir uns vergegenwärtigen ...

...was konsequent ausgeblendet wird:

Bezeichnend für die Rechtfertigungsstrategien von Politik und Medien ist die Tatsache, dass all das konsequent ausgeblendet wird, was mit der Gefährdungs- und Lebenslage der Familie, vor allem der Kinder, zu tun hat und was an politischen und humanitären Fragen zu diskutieren wäre.

Frage nach dem Schicksal der Kinder

Mit der Familie Yildirim wurden drei in Koblenz geborene und aufgewachsene Kinder abgeschoben. Sie sind – so Bruch – „sicher die Leidtragenden“. Aber – und da



Proteste gegen die Abschiebung der Familie Yildirim. Foto: privat

wird es für Herrn Bruch wieder ganz einfach – das ist „ausschließlich von den Eltern zu vertreten“. Hierzu der Koblenzer Dekanatsrat in seinem Schreiben an Ministerpräsident Beck: „Wie auch immer all das zu beurteilen sein mag, was Sie den Eltern vorwerfen: Die hier aufgewachsenen und voll integrierten Kinder dürfen für etwas, was Eltern zu verantworten haben, nicht mit Abschiebung in ein für sie fremdes Land mit fremder Sprache und Kultur, in dem sie keine Perspektive haben, bestraft werden.“

Zudem stellt die UN-Kinderrechtskonvention die Kinder unter einen besonderen Schutz vor Abschiebung. Sie ist von der Bundesregierung jedoch dadurch relativiert oder auch ausgehebelt, dass sie nur unter dem Vorbehalt unterschrieben wurde, dass sie nur gültig ist, wenn sie nicht gegen deutsches Auländerecht verstößt. Die Interessen des

Inhalt	
Die Abschiebung der Yildirims	1
Türkei: Anti-Terror-Gesetz verschärft!	3
Nachrichten von der Front	4
Gegen die blinden Flecken auf Deutschlands EU-Agenda	5
Die EU dringt auf Freihandelsabkommen mit Afrika	6
Die G8 – mehr als eine „informelle Allianz“	6
Nachrichten aus der Ökumene	8
Terminkalender G8-Proteste	8

Ausländerrechts haben damit Vorrang vor dem Schutz von Kindern.

Offensichtlich sind die verantwortlichen Politiker nicht dadurch zu beunruhigen oder auch nur zu irritieren, dass die Familie durch die Abschiebung auseinander gerissen ist. Mutter und Kinder leben bei Verwandten mit acht Personen auf engstem Raum. Aus Armut in Deutschland wurden sie ins Elend in die Türkei abgeschoben. Was dies für die Kinder bedeutet, ist kaum zu ermessen – erst recht in einer Situation der Neuorientierung in einem Land, das den Kindern völlig fremd ist, und in der Angst um das Schicksal des Vaters.

Aber auch die Lage der Kurden im Folterstaat Türkei, die ständige Verschärfung der Politik gegen Ausländer, vor allem Flüchtlinge, und

der Bruch des Kirchenasyls einschließlich der damit verbundenen Verletzungen für Christen und der Missachtung eines ehrenamtlichen humanitären Engagements sind den Politikern keine Auseinandersetzung wert.

Eisernes Schweigen

Während die Propaganda von Missbrauch und Kostenfaktoren – ohne eine Gegenstimme zur Kenntnis zu nehmen – zu einer unendlichen, sich ständig wiederholenden Geschichte zu werden droht, bleiben die wichtigen Fragen undiskutiert. Die Politiker in Stadt und Land hüllen sich in eisernes Schweigen, wenn es um die Diskussion der mit der Abschiebung verbundenen politischen und humanen Fragen geht. So blieb auch der zitierte Brief des Koblenzer Dekanatsrates, der am 20.12. an Ministerpräsident Beck geschickt wurde, trotz nochmaliger Anmahnung ohne Antwort. Vom Koblenzer Oberbürgermeister heißt es, er sei ‚beleidigt‘. Fragt sich, wer wem ein Leid zugefügt hat.

So wird aus der Abschiebung und dem Umgang von Politik und lokalen Medien damit auch ein Lehrstück über politische Kultur in Deutschland und die Verhaltensweisen der sog. politischen Klasse. Denjenigen, die sich nicht scheuen, Opfer zu Tätern zu stempeln und damit rechtsextreme Stimmung- und Gesinnungslagen zu bedienen, verschlägt es die Sprache, wenn es um die wichtigen politischen und humanitären Fragen geht.

(mehr unter: www.koblenz-bleiberecht.de)

Türkei: Anti-Terror-Gesetz verschärft!

Im Juni 2006 verschärfte die Türkei das sogenannte Anti-Terrorgesetz. Unter anderem kann wieder jemand bis zu 2 Tage ohne Zugang zu einem Anwalt verhaftet werden. Es ist bekannt, dass gerade in dieser Situation am meisten gefoltert wird.

Auf meine Anfrage zu dieser Verschärfung schrieb Amnesty International:

„Für Personen, die nach dem Anti-Terror-Gesetz angeklagt werden, gilt seit der Neuregelung Ende Juni 2006, dass ihnen bis zu 24 Stunden das Recht auf anwaltlichen Beistand verweigert werden kann. Nach dem Buchstaben des Gesetzes muss das ein Staatsanwalt beantragen und ein Richter bewilligen. Es muß aber damit gerechnet werden, dass die Polizei sich durch diese Bestimmung im Recht sieht, wenn sie Kontakt zu einem Anwalt verweigert. Hinzu kommt, dass Festnahmen später registriert werden können. Die maximale Dauer der Polizeihaft beträgt bei Personen, die unter dem Anti-Terror-Gesetz angeklagt werden 48 Stunden und bei sonstigen Verdächtigten 24 Stunden, jeweils zuzüglich maximal 12 Stunden des Transports zum nächsten Gericht. Bei Taten mehrerer Verdächtigter (drei und mehr) kann die Polizeihaft um je einen Tag bis maximal auf 4 Tage verlängert werden. Hier besteht das Recht auf Rechtsbeistand.“

Außerdem berichtet der Menschenrechtsverein für Juni-September 2006:

„Es gab 427 Fälle von Folter, davon 147 in Gewahrsam und 189 außerhalb, aber nur einen Prozess gegen Folterer wegen Folter wurde eröffnet.“

Nach meiner Kenntnis ist mit „außerhalb“ immer wieder auch der Transport in Polizeiautos gemeint.

„Solidarität durch Kirchenasyl“

Sonntag, 18.3.07, 11.15h, Pfarrkirche St. Peter, Koblenz Neuendorf

Schwester Klarissa von der Ordensgemeinschaft der Dominikanerinnen wird in diesem Gottesdienst predigen. In ihrem Kloster in Schwalmthal wurde vor einigen Jahren eine kurdische Familie aus dem Kirchenasyl abgeschoben. Schwester Klarissa steht anschließend für den Austausch in einer Gesprächsrunde zur Verfügung.

Zu Terrorvergehen zählen Beleidigung des Militärs oder Entfremdung des Volkes vom Militär, worunter Kriegsdienstverweigerer fallen oder Kritiker militärischer Einsätze wie z.B. Kritiker der Dorfzerstörungen oder von Vergewaltigungen...

Verhaftung von Herrn Yildirim

Zur Verhaftung von Herrn Yildirim nach seiner Abschiebung in die Türkei meinte ein deutscher Politiker bei einer TV-Livesendung in Koblenz, dass es auch bei uns üblich sei, jemanden bei der Einreise festzunehmen, gegen den ein Verfahren laufe. So sei auch Herr Yildirim nach seiner Einreise in die Türkei einen Tag in Haft gewesen... .

Wie lässt sich so eine Aussage bewerten?

■ *In dieser Aussage liegt zuerst einmal das Zugeständnis, dass gegen Herrn Yildirim doch ein Verfahren in der Türkei anhängig war und ist. Bisher haben die für die Abschiebung verantwortlichen Politiker dies nicht beachtet und als wahr bestätigt, auch nicht die für das Asylverfahren der Familie Yildirim zuständigen Gerichte.*

■ *Weiterhin gibt jener Politiker mit dieser Aussage zu, dass Herr Yildirim einen Tag in Haft war (nach neuester Bestätigung von Rudi Friedrich, dem Vorsitzenden von Connection e.V., waren es sogar drei Tage). Dies aber als „normal“ hinzustellen - ohne die Klarstellung, dass es doch einen Unterschied macht, ob ich einen Tag in der Türkei festgenommen werde oder in der BRD – das ist Täuschung der Öffentlichkeit!*

■ *Der gleiche Politiker hat trotz unserer Hinweise nicht registriert, dass sich seit Frühjahr 2006 die Situation in der Türkei für Kurden verschärft hat. Im vergangenen Frühjahr wurden sogar laut Menschenrechtsvereinen Kinder festgenommen und gefoltert, was auch jetzt noch vorkommt.*

■ *Herr Yildirim hat auch berichtet, dass er in der Haftzeit nach seiner Abschiebung in die Türkei Ende Oktober 2006 geschlagen wurde. Nach seiner Freilassung wurde er von einer „Bande“ angegriffen. Eine solche Lynchpraxis ist landesweit, auch in der Westtürkei, bekannt.*

Von alledem habe ich auch immer wieder dem rheinland-pfälzischen Innenministerium Kenntnis gegeben.

Wolfgang Jungheim

P. Wolfgang Jungheim gehört zu den Arnsteiner Patres und zum Unterstützerkreis der Familie Yildirim in Koblenz.

Nachrichten von der Front

Massenabschiebungen aus Marokko

Zwischen dem 23. und 29. Dezember 2006 haben die marokkanischen Behörden mehrere hundert vom UNHCR anerkannte Flüchtlinge, Asylsuchende in laufendem Verfahren und Migranten in mehreren Orten des Landes festgenommen und zur algerischen Grenze transportiert. Dort wurden sie im Wüstengebiet ausgesetzt. Dabei kam es zu Misshandlungen, Bedrohungen und Vergewaltigungen. Unter den Betroffenen waren Frauen, Kinder, kranke und behinderte Menschen. Die Öffentlichkeit in den EU-Ländern nahm von den Vorfällen kaum Notiz. Hintergrund der Massenabschiebungen scheint auch der Druck aus der EU gewesen zu sein, bewilligte Hilfsgelder für die „Rückführung“ von Flüchtlingen bis Jahresende 2006 auszugeben sowie das Interesse Marokkos, durch die Kooperationsbereitschaft bei Abschiebungen illegaler MigrantInnen eine bessere Position in den anstehenden Verhandlungen Marokkos mit der EU über Einwanderungskontingente für MarokkanerInnen als Billigarbeitskräfte z.B. für Spanien zu erlangen.



Foto: privat

(Quellen: Pressemitteilung pro asyl vom 15.1.07, www.no-racism.net/article/1981)

Illegale Migration und Frontex

2006 landeten mehr als 31.000 sog. „boat people“ aus Nord- und Nordwest-Afrika allein auf den Kanarischen Inseln (2005: 4.715). Mehr als 16.000 MigrantInnen wurden in Italien gezählt. Auch in den Herbst- und Wintermonaten landen wöchentlich neue Boote auf den Kanaren. In den ersten zwei Januarwochen 2007 kamen bereits 400 Menschen auf den Kanaren an.

Die EU-Grenzschutzagentur Frontex reagiert mit zwei Operationen (Hera I und Hera II):

Im Rahmen von Hera I wurden ca. 19.000 Personen erfasst, mehr als 6.000 wurden in ihre Herkunftsländer zurücktransportiert. Hera II sollte durch vier Monate dauernde Patrouillen mit Schiffen und Flugzeugen entlang der Küsten Senegals, Mauretaniens, der Kapverden und der Kanaren Flüchtlinge am Verlassen der afrikanischen Küstengewässer hindern. Dies „gelang“ bei 3.500 MigrantInnen.

Insgesamt wird die Zahl „illegaler“, da nicht dokumentierter, MigrantInnen in der EU (vor der Osterweiterung) von Europol auf 3,3 Millionen Menschen geschätzt, wenn man von einem Anteil von 10-15% an den ausländischen BürgerInnen mit geregelter Aufenthaltsrecht ausgeht. Ca. 500.000 kommen jedes Jahr hinzu.

Steigende Todesrate

Nach Angaben der spanischen Behörden kamen circa 6.000 Flüchtlinge und Migranten allein auf dem Weg von Westafrika zu den Kanarischen Inseln um.

An den Rändern Europas spielen sich Dramen ab, die zeigen, dass die EU-Staaten bereit sind, elementare Menschenrechtsstandards aufzugeben. Im Juli 2006 wurden in Melilla drei Menschen bei dem Versuch, die Grenzzäune nach Europa zu überwinden, erschossen. ... Griechenland steht weiterhin im Verdacht, im September 2006 Flüchtlinge ins Meer geworfen zu haben. Mindestens sechs Menschen starben, weil Beamte der griechischen Küstenwache, so die Aussagen Überlebender, rund 40 Menschen, die sie vor der Insel Chios aufgegriffen hatten, ins Meer zurückstießen. An den östlichen EU-Außengrenzen wurden – nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit – tschetschenische Flüchtlinge von der Slowakei über ukrainische Internierungslager zurück in den Verfolgerstaat Russische Föderation abgeschoben.

(aus: Positionspapier von Pro Asyl zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft, www.proasyl.de)

Regionale Links zum Thema:

Arbeitskreis Asyl Rheinland-Pfalz:

Orientierungshilfe Kirchenasyl:

Zahlen und Fakten zum Kirchenasyl:

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz:

Saarländischer Flüchtlingsrat:

www.asyl-rlp.org

www.evpfalz.de/migration

www.kirchenasyl.de

www.ini-migration.de

www.asyl-saar.de



Foto: privat

Proteste gegen Abschiebungen

Sinkende Asylbewerberzahlen

Die Zahl der Asylbewerber sank 2006 um rund 30%. Insgesamt stellten 30.100 Personen im Jahr 2006 einen Asylantrag (2005: 42.908), davon waren 21.029 Erst- und 9.071 Folgeanträge. Die wichtigsten Herkunftsländer waren der Irak (10,1% oder 2.117 Anträge), die Türkei (9,3% oder 1.949 Anträge), Serbien-Montenegro (8,7% oder 1.828 Anträge) und Serbien (6,4% oder 1.354 Anträge).

2006 wurde über 30.759 Asylanträge entschieden: 251 Antragsteller wurden als asylberechtigt anerkannt (0,8%), 1.097 Personen wurde Abschiebeschutz gewährt (3,6%), bei 603 Personen wurde eine Abschiebeverbote festgestellt und die Anträge von 17.781 Personen wurden abgelehnt (57,8%). In 11.027 Fällen oder 35,8% wurden lediglich formelle Entscheidungen getroffen (z.B. Einstellung des Verfahrens wegen Rücknahme des Antrags).

Auch in Europa sinken die Asylanträge: In den 25 Staaten der EU wurde bereits 2005 mit ca. 230.000 Anträgen der niedrigste Stand seit 1988 gezählt. In 2006 wurden in allen EU-Staaten weniger als 200.000 neue Asylanträge gezählt.

(Quellen: Migration und Bevölkerung Newsletter 1.2007; Pro Asyl)

Gegen die blinden Flecken auf Deutschlands EU-Agenda

Pro Asyl hat zum Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ein umfangreiches Positionspapier verfasst. Menschenrechte und Flüchtlingsschutz werden dabei als „blinde Flecken“ identifiziert. Die von Pro Asyl formulierten „Prioritäten und Leitlinien für eine menschenrechtlich orientierte deutsche EU-Ratspräsidentschaft“ sollen zur Behebung dieser blinden Flecken beitragen.

1. Die Menschenrechte müssen oberste Priorität in der europäischen Außen-, Wirtschafts-, Entwicklungs- und Innenpolitik haben.

2. Die deutsche Ratspräsidentschaft sollte aufhören, die Themen Asyl und Einwanderung mit repressiver Politik, Terrorismusbekämpfung und organisierter Kriminalität zu vermengen. Nur so wird es möglich sein, eine ernsthafte und glaubwürdige Debatte über eine gemeinsame Einwanderungs- und Asylpolitik der Europäischen Union zu führen.

3. Eine solidarische, ihrer menschenrechtlichen Verpflichtung bewusste Europäische Union muss ein gemeinsames Asylsystem schaffen, das sich von dem bisher erreichten Harmonisierungsgrad grundlegend unterscheidet. Ein solches Asylsystem muss die uneingeschränkte Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention zur Grundlage haben und vom Gedanken der solidarischen Teilung der Verantwortung zwischen den EU-Staaten und anderen Vertragsstaaten der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) getragen sein.

4. Kernstück der GFK ist das Gebot der Nichtzurückweisung. Die Prüfung des Schutzbedürfnisses erfordert Zugang zum Territorium und zu einem fairen Verfahren. Die völkerrechtliche Verpflichtung, Flüchtlinge nicht in Länder zurückzuschicken, in denen sie an Leben oder Freiheit gefährdet sind, erfordert auch sicherzustellen, dass Maßnahmen gegen irreguläre Migration nicht den Zugang zum Schutz unmöglich machen. Der Schutz vor völkerrechtswidrigen Zurückweisungen muss gewährleistet werden. Dies bedeutet, dass der Zugang nicht durch polizeiliche und militärische Maßnahmen verhindert werden darf. Die Zurückweisungspraxis auf hoher See ist einzustellen.

5. Die Arbeit der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex ist nicht öffentlich transparent und nicht demokratisch kontrolliert. Die Agentur muss in ihrer Gesamtkonzeption und bei der Ausbildung von Grenzschutzbeamten die Menschenrechte als wesentliche Leitlinie beachten. Ein menschenrechtsorientierter Ansatz beim Schutz der EU-Außengrenzen ist notwendig. Dazu gehört auch die Einstellung jeglicher Kooperationen mit Drittstaaten, in denen die Menschenrechte und Grundfreiheiten für Flüchtlinge und Migranten nicht geachtet werden.

6. Es ist sicherzustellen, dass auf See gerettete bzw. bei grenzpolizeilichen Kontrollen aufgegriffene Menschen Zurückweisungsschutz entsprechend der Europäischen Menschenrechtskonvention bzw. Genfer Flüchtlingskonvention erhalten. Ihnen ist der Zugang zum Territorium des jeweilig zuständigen EU-Staates zu gewähren. Nur so kann festgestellt werden, wer schutzbedürftig ist.

7. Um das Zurückweisungsverbot sicher zu stellen, ist es außerdem notwendig, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten auf das Konzept der „sicheren Drittstaaten“ verzichten.

8. Die bislang lediglich technokratischen Zuständigkeitsregelungen des Dublin II-Systems müssen revidiert werden. Die deutsche Ratspräsidentschaft sollte im Zusammenhang mit dem Evaluierungsbericht der EU-Kommission, der Anfang 2007 veröffentlicht wird, auf eine grundlegende Änderung der Verordnung („Dublin II“) dringen. Die deutsche Ratspräsidentschaft sollte dafür eintreten, dass ein völlig anderer Solidaritätsmechanismus bei der Flüchtlingsaufnahme geschaffen wird. Derjenige Staat sollte für ein Asylverfahren zuständig sein, in dem Asylsuchende ihren Antrag stellen. Wenn Asylsuchende aus humanitären, familiären, sprachlichen und kulturellen Gründen in einem anderen Mitgliedstaat ihr Schutzgesuch stellen möchten, sollte dieser das Asylverfahren durchführen. Anstatt europaweit Schutzsuchende zwangsweise hin und her zu schieben, sollten entstehende Ungleichgewichte durch Finanzmittel ausgeglichen werden.

[...]

11. Die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofes (EUGH) im Bereich Asyl und Migration ist immer noch stark eingeschränkt. Weiterhin steht ein Beschluss des Rates aus, der auch unterinstanzlichen Gerichten auf nationalstaatlicher Ebene, die Möglichkeit der Vorlage beim EUGH eröffnet. Die deutsche Präsidentschaft sollte diesen Beschluss herbeiführen und damit den Zugang zum EUGH erleichtern. Dies wäre ein wichtiger Schritt, um eine größere Gemeinsamkeit bei der Anwendung der EU-Mindeststandards zu erreichen.

12. Großzügige Aufnahmeprogramme (Resettlement) sind für Flüchtlinge erforderlich. Afrika braucht keine weiteren Flüchtlingslager. Millionen von Flüchtlingen leben dort seit Jahren

schutzlos und ohne Perspektive in Großlagern. Die deutsche Ratspräsidentschaft sollte sich dafür einsetzen, dass die EU Flüchtlingen im Rahmen eines humanitären Aufnahmeprogramms in den Mitgliedstaaten großzügig Schutz gewährt. Dieser zusätzliche Schutzmechanismus darf nicht zu Lasten des individuellen Asylrechts installiert werden.

13. Zur Integration von Flüchtlingen gehört, dass sie sich frei in Europa bewegen und in einem anderen Mitgliedsland niederlassen können. In der sog. Daueraufhältigenrichtlinie, die diese Frage behandelt, wurden Flüchtlinge ausgeklammert. Die EU-Kommission hat wie vereinbart einen Entwurf erarbeitet, der auch Flüchtlingen, denen ein Status auf der Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention oder ergänzender Schutzformen gewährt wurde, diese Rechte ermöglicht. EU-Kommissar Frattini will diesen Richtlinienentwurf vorerst nicht veröffentlichen, weil dieser „aktuell politisch nicht opportun“ sei. Die deutsche EU-Präsidentschaft sollte die Kommission drängen, diesen wichtigen Baustein zur Integration von Flüchtlingen in Europa nicht weiter zurück zu halten.

14. Im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft werden die stockenden Verhandlungen zur sogenannten Rückführungsrichtlinie fortgesetzt. PRO ASYL hat prinzipielle Bedenken, dass angesichts des immer noch existierenden Flickenteppichs beim Asylrecht in Europa, gemeinsame Rückführungsstandards verhandelt werden. Zu befürchten ist, dass liberalere Ansätze der EU-Kommission auf den kleinsten gemeinsamen Nenner abgesenkt werden. Die Verhandlungen sollten unter Beachtung internationaler Menschenrechtsstandards fortgeführt werden. Der Anwendungsbereich der Richtlinie muss auf sog. Transitzonen ausgedehnt und die Abschiebungshaft vermieden werden.

15. Europa braucht legale Einwanderungsmöglichkeiten, damit Migranten nicht lebensgefährliche Wege nach Europa beschreiten müssen. Eine Wiederbelebung eines Gastarbeiter- bzw. Rotationsmodells ist abzulehnen.

16. Die ökonomischen Ursachen für Migrationsbewegungen können nur durch einen gewaltigen, langfristig angelegten Umverteilungsprozess bisher nicht da gewesener Größenordnung reduziert werden. Wer ernsthaft die Gründe für erzwungene Migration und Flucht bekämpfen will, der muss die Strukturen beseitigen, aus denen Armut, Elend und politische Verfolgung resultieren. Wer die dramatische Ungleichverteilung von Lebens- und Entwicklungschancen verändern will, der muss auch für eine andere, gerechtere Handels-, Agrar- und Fischereipolitik der EU eintreten.

Frankfurt, im Januar 2007

Die EU dringt auf Freihandelsabkommen mit Afrika

Während die EU gegenüber Flüchtlingen aus Afrika dicht macht, drängt sie die afrikanischen Staaten auf Unterzeichnung von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA), die die bisherigen Handelspräferenzen in Freihandelsabkommen umwandeln würden. Diese könnten, so befürchten Nichtregierungsorganisationen, verheerende Auswirkungen auf die ländliche und industrielle Entwicklung in Afrika haben. Deshalb starteten sie die „STOP EPA!“-Kampagne (EPA = Economic Partnership Agreement = Wirtschaftspartnerschaftsabkommen). Bisher haben sich 164 Netzwerke und Organisationen aus den AKP-Staaten und aus Europa der internationalen „Stop EPA-Kampagne“ angeschlossen.

Der Druck auf Unterzeichnung von EPAs wächst: Anfang Februar 2007 haben die EU-Kommissare Peter Mandelson und Louis Michel den Verhandlungsführern aus West- und Zentralafrika mit der Wiedereinführung höherer Importzölle gedroht, falls die Abkommen nicht bis zum 1.12.2007 abgeschlossen seien. Außerdem werde die Entwicklungshilfe an den Abschluss eines Abkommens geknüpft.

Eine solche Politik trägt zur Verschärfung des Migrationsdrucks bei.

Internationaler Aktionstag zu EPAs am 19. April 2007 vor deutschen Botschaften: Wake up, EU!

mehr unter: www.stopepa.de

Impressum:

Netz-Telegramm März 2007

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar

Redaktion: Sabine Ferenschild, Geschäftsstelle des Ökumenischen Netzes, Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1, 56564 Neuwied, Tel. (0 26 31) 35 41 40 · Fax (0180 50) 60 33 59 93 76 e-mail: info@oekumenisches-netz.de

Bankverbindung: Sparkasse Koblenz, Kto. 40 001 877, (BLZ 570 501 20)

Die Arbeit des Ökumenischen Netzes wird gefördert durch Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse des ABP, aus den Kirchen sowie aus Spenden.

Auflage: 750

März 2007

Layout: Elke Wetzig, Köln

Druck: Knotenpunkt e.V., Buch

Zahlen und Fakten

EU-Exportsubventionen 2005, um EU-Molkereiprodukte

auf den Weltmärkten zu stützen: 1,43 Mrd. Euro

Kosten der Handelsliberalisierung für Subsahara-Afrika (1985-2005): 212 Mrd. US-\$

Geschätzte WPA-Anpassungskosten für alle AKP-Staaten (2008-2018): 9,2 Mrd. Euro

Geschätzte Einnahmeverluste der Republik Kongo infolge eines WPA: 11,7%

Arbeitslose infolge der Liberalisierung der Konsumgüterindustrie in Ghana (1985-1993): 50.000

Anteil ghanaischer Importe aus Nachbarstaaten, die infolge von WPA durch EU-Exporte verdrängt werden könnten: 17 %

Anstieg der Importe verarbeiteter Lebensmittel aus der EU in Kamerun nach voller Marktöffnung: 80 %

Möglicher Wertzuwachs deutscher Exporte infolge eines WPAs zwischen der EU und ECOWAS (westafrikanische WPA-Verhandlungsgruppe): 291 Mio. Euro

(Quelle: Afrikas Perspektive – Europas Politik. Entwicklungspolitischs Manifest zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007, www.venro.org)

Die G8 – mehr als eine „informelle Allianz“

Wenn sich im Juni 2007 die Regierungschefs der G8 in Heiligendamm treffen, dann handelt es sich nicht nur um ein symbolträchtiges Treffen mit großer Medienpräsenz. Das ist es zwar auch, aber eben nicht nur. Bevor man in den Abgesang auf die G8 einstimmt, der von schwindender Bedeutung angesichts aufsteigender Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien singt, ist ein genauerer Blick auf die Struktur nötig, die gemeinhin mit „G8“ bezeichnet wird.

Für das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) stellen die G8, gebildet aus USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Italien, Deutschland, Japan und Russland, zunächst eine handfeste Größe dar:

„Die G8 erwirtschaften etwa zwei Drittel des Weltsozialprodukts, sie bestreiten knapp die Hälfte des Welthandels, sie stellen drei Viertel der weltweiten Entwicklungshilfe, und sie sind die größten Beitragszahler in den internationalen Organisationen. Zudem stellen die USA, Russland, das Vereinigte Königreich und Frankreich vier der fünf ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates. Das Konsensprinzip im Kreis der G8 führt dazu, dass ein einmal gefällter Beschluss mit der ganzen Energie der größten Industrienationen der Welt umgesetzt werden kann.“

Zugleich unterscheiden sich die G8 von anderen internationalen Organisation wie beispielsweise dem Internationalen Währungsfonds. Denn, so das BMWi weiter: „Die Gruppe der Acht ist keine internationale Organisation mit einer eigenen Verwaltung. Es handelt sich um eine informelle Allianz von Nationalstaaten, die auf den gemeinsamen Grundwerten von Freiheit und Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft und Freihandel Verantwortung für globale Fragen übernimmt.“

(<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Ausenswirtschaft/Weltwirtschaftsgipfel/die-gruppe-der-g8.html>)

Angesichts der starken Rolle, die die G8-Staaten in den internationalen Organisationen spielen, und der Entstehungsgeschichte der G8 klingt ihre Bezeichnung als „informelle Allianz“ reichlich harmlos. Ein Blick in die 1970er Jahre legt eine andere Einordnung nahe.

Dollarkrise und Ölpreisschock

Mitte der 1970er Jahre wurde gemeinsame Krisenbewältigung nötig: 1971 hatten die USA aufgrund sinkender Goldbestände und eines abnehmenden Anteils am Welthandel die Golddeckung des Dollars aufgehoben. Damit beendeten sie die Währungsordnung der Nachkriegszeit mit ihren fixen Wechselkursen und dem US-Dollar als Leitwährung. Als 1973 der „Ölpreisschock“ den Industrienationen ihre Abhängigkeit von den Rohstofflieferungen des Südens drastisch vor Augen führte, ergriffen der französische Präsident Giscard d'Estaing und der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt die Initiative: Sie luden zu einem ersten Weltwirtschaftsgipfel 1975 nach Rambouillet / Frankreich ein, um den politischen und ökonomischen Verfall der us-amerikanischen Vorherrschaft „durch

die Schaffung eines multipolaren kapitalistischen Machtblocks zu bewältigen“. (Krüger 2007)

Blockbildung im Süden

Den handfesten ökonomischen Schocks der 1970er Jahre gingen verschiedene Bewegungen und Zusammenschlüsse in der südlichen Welt voran: 1960 schlossen sich fünf Erdöl exportierende Staaten (Iran, Irak, Kuwait, Saudi Arabien, Venezuela) zur OPEC zusammen. In den folgenden Jahren traten Qatar, Indonesien, Libyen, Algerien und Nigeria bei. 1961 fand die erste Konferenz der blockfreien Staaten statt, die sich schließlich zur „Gruppe der 77“ (G77) zusammenfand. Als wichtiges Forum für die Entwicklungsländer entwickelte sich die 1964 gegründete UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD).

Auf der dritten UNCTAD-Konferenz in Chile 1972 wurde erstmals die Forderung nach einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ erhoben – eine Forderung, die die Sondersitzung der UN-Generalversammlung im Mai 1974 mit einer Deklaration und einem konkreten Aktionsprogramm zur Errichtung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung verabschiedete. Die ebenfalls 1974 verabschiedete „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten von Staaten“ sowie der Versuch von Entwicklungsländern, auch für andere Produkte als Öl vergleichbare Absprachen zu treffen interpretierten die Industrieländer als „eine Kampfansage, auf die es mit einer intelligenten Strategie zu antworten galt. Die Formierung der G7 war ein wichtiger Bestandteil dieser Strategie.“ (Krüger 2007)

G8 als Teil des Empire

Und die Strategie ging auf. In den folgenden Jahrzehnten entwickelten sich die G7- und später G8-Treffen zu einem wichtigen Knotenpunkt im globalen Machtsystem. Sie trugen zum Siegeszug des Neoliberalismus bei, sie spielten eine wichtige Rolle bei den Gründungsvorbereitungen der Welthandelsorganisation. Sie haben mit der sog. Quad-Gruppe, der Vierergruppe aus USA, Kanada, Japan und EU, in den Handelsrunden der WTO eine wichtige Interessensvertretung. Und nicht zuletzt nehmen sie eine zentrale Rolle im Schuldenmanagement ein.

Zwar wurden die G7 / G8 durch das Ende der Blockkonfrontation, durch die unipolare

Machtpolitik der USA und durch die verstärkten Eigeninteressen der EU einigen Zerreißproben ausgesetzt. Doch wer hieraus die Schlußfolgerung zieht, die G8 hätten ihren politischen Zenit überschritten, übersieht, dass die G8 eingebettet sind in ein „Netzwerk imperialer Global Governance“. Was in den ‚harten Strukturen‘ des Netzwerks wie IWF und Weltbank in konkrete Politik umgesetzt wird, wird in der flexiblen, „informellen Allianz“ der G8 vorab besprochen, gemeinsame Interessen bzw. Interessenkonflikte werden geklärt und so interne Spannungen vermindert.

Was Michael Hardt und Antonio Negri in ihrer gleichnamigen Studie als „Empire“ (Imperium) bezeichneten, was Peter Wahl in den Attac-Basistexten zu den G8 als bereits real existierendes „Regulierungs- und Steuerungssystem“, eben als Global Governance bezeichnet, findet in diesem Netzwerk seinen Ausdruck. Sollten sich die G8 durch bloße Integration aufstrebender Mächte wie China, Indien oder Brasilien „reformieren“, so änderte dies nichts an ihrer Funktion im globalen Machtnetzwerk.

Wenn im Sommer die globalisierungskritische Bewegung gegen den G8-Gipfel protestiert, dann protestiert sie also nicht gegen ein „Event“ oder einen einzigen Club der Mächtigen. Sie protestiert gegen die reale Politik der Durchsetzung und Aufrechterhaltung einer Weltordnung, die die Menschen in Innen und Außen, in Reiche und Arme, in Nützliche und Überflüssige spaltet und die ganze Welt als ihr Rohstofflager und Herr-

schaftsterritorium ansieht - eine Politik, zu der die G8 einen wichtigen Beitrag leisten.

Strategien der Nicht-Kooperation

Wenn diese Einschätzung der G8 als Teil eines „Empires“ oder „Netzwerks imperialer Global Governance“ (bestehend aus: G8, OECD, WTO, BIZ, Sicherheitsrat, Pariser Club, NATO, Weltbank, IWF) stimmt, dann müssten sich die sozialen Bewegungen intensiv über Strategien der „Nicht-Zusammenarbeit“ auseinandersetzen: Proteste sind wichtig, aber die Erfahrungen der indischen Unabhängigkeitsbewegung um Mahatma Gandhi haben gezeigt, dass ein Imperium dann brüchig wird, wenn die Beherrschten nicht mehr kooperieren – wenn sie die Steuerzahlung verweigern, wenn sie die Monopole und Patente der Herrschenden brechen, wenn sie Generalstreiks organisieren. Eine Auseinandersetzung um die Formen der Herrschaft, die mit den Protesten gegen den G8-Gipfel abgelehnt werden sollen, und um die daraus folgenden Strategien der Nicht-Kooperation wäre das, was aus einem Protest-Happening in eine dauerhafte herrschaftskritische Bewegung fließen könnte.

Von Sabine Ferenschild

Literatur:

Lydia Krüger, Konzernmacht G8. Eine Kritik der Konzernagenda der deutschen G8-Präsidentschaft, in: G8-2007 Heiligendamm. Globalisierung und Krieg. Antimilitaristische Positionen zum Gipfel in Heiligendamm, hg. v. Informationsstelle Militarisation e.v. (Download: www.imi-online.de), 9-18

Peter Wahl, PR-Show oder Weltregierung? Die Bedeutung der G8-Gipfel in der globalisierten Welt (AttacBasisTexte 21, Juni 2006, 6,50 ?)

Michael Hardt, Antonio Negri, Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt 2003

**GEGENWIND
RESISTANCE**



Demo gegen das G8-Finanzministertreffen 10. Februar 2007 in Essen.

Quelle: www.g7-protest.de

Netzversammlung 2007 plane G8-Protestaktionen

Anfang Februar trafen sich Interessierte aus dem Netzbereich zur Koordinierung von Protestaktionen zum G8-Gipfel. Michael Ramming (Institut für Theologie und Politik/Münster) gab einen Überblick über die bundesweiten Pläne der Protestbewegung.

Die TeilnehmerInnen aus dem Netz berichteten von folgenden Vorhaben:

- Pax Christi wird im Anschluss an den G8-Gipfel einen Pilgerweg nach Frankfurt organisieren und dort in Kooperation mit den Ordensleuten für den Frieden eine Mahnwache abhalten. Mögliche Stationen sind Ingelheim und Mainz mit den Schwerpunkten Migration / Asyl.
- Die Arnsteiner Patres werden durch Gottesdienst und Läuten am 6. Juni auf die G8-Proteste aufmerksam machen.
- Die KSJ Speyer beschäftigt sich beim Pfingstlager „Gib acht!“ mit den G8 und plant eine Fahrt mit einer kleinen Gruppe nach Heiligendamm.
- Die Andernacher Erlassjahrgruppe, die bereits zu mehreren G8-Gipfeln gefahren ist, wird auch in diesem Jahr mit 8 Personen an den Protesten in Heiligendamm teilnehmen. (Kontakt: gernot.jonas(at)gmx.de)
- In Bad Ems und Koblenz gibt bzw. gab es vorbereitende Informationsveranstaltungen zum G8-Gipfel.
- Der BDKJ mobilisiert im Rahmen der Aktion „Geld oder Leben“ zum G8-Gipfel.
- Das Ökumenische Netz überlegt zusammen mit dem Sozialforum Koblenz, den migrationspolitischen Aktionstag der G8-Proteste am 4.6. für eine Aktion z.B. vor der Ausländerbehörde in Koblenz zu nutzen. Das Netz unterstützt den Aufruf zur Großdemo am 2.6. und fährt mit einer kleinen Gruppe nach Heiligendamm (Kontakt: s. rechte Spalte)

Verabredet wurde:

- die Verlinkung / Veröffentlichung der einzelnen Pläne auf der Netz-Homepage
- die Verbreitung des Aufrufs „ChristInnen: Auf nach Heiligendamm!“, wo dies möglich ist.
- eine kritische Anfrage an Publik forum, warum der Aufruf dort keine Berichterstattung wert war.
- die Nutzung der Heiligendamm-Logos für vorbereitende, dezentrale Veranstaltungen, um den inhaltlichen Kontext zu den G8-Protesten herzustellen.

Nachrichten aus der Ökumene

Ökumenisches Netz in Deutschland gegründet (ÖNiD)

Ende Oktober wurde bei einem Treffen der Ökumenischen Basis in Mannheim das Ökumenische Netz in Deutschland gegründet. Die anwesenden Gruppen einigten sich auf ein gemeinsames Selbstverständigungspapier „Nicht Götzen, sondern dem Leben dienen!“ (www.oekumenisches-netz.de) Ein wichtiges Ziel der verstärkten Kooperation der Netze auf Bundesebene ist die Arbeit an der inhaltlichen Zusammenführung der Dekade zur Überwindung von Gewalt mit dem Processus confessionis, der Auseinandersetzung mit den Folgen der neoliberalen Globalisierung.

Einen ersten öffentlichkeitswirksamen Auftritt wird das ÖNiD beim Ev. Kirchentag in Köln haben. Dort veranstaltet es gemeinsam mit KAIROS Europa ein Forum zum Thema „Der Konflikt zwischen Kirchen des Südens und des Nordens im ökumenischen Prozess „Wirtschaften im Dienst des Lebens““.

Die Jahrestagung des ÖNiD findet vom 26.-28.10.07 statt.

Weitere Infos: www.oenid.de

Jubiläum: EIRENE wird 50 Jahre alt

Am 18. Februar 1957 wurde in Genf vom damaligen Generalsekretär des Weltkirchenrates, Visser't Hooft, der Impuls zur Gründung des Friedensdienstes EIRENE gegeben. Knapp ein halbes Jahr später, am 14. September 1957, wurde EIRENE in Chicago /USA offiziell vom Mennonite Central Comitee und der Brethern Service Comission gegründet. Zu den Initalgebern zählten noch der Internationale Versöhnungsbund und die Quäker. Alle verband die gemeinsame Idee der Gewaltfreiheit und des gewaltfreien Engagements für Frieden und Gerechtigkeit in aller Welt.

Im Jubiläumsjahr finden u.a. folgende Veranstaltungen statt:

20. - 23.5.2007, Christliches Jugenddorf Bonn, Internationale EIRENE - Fachtagung „Zeichen setzen für Frieden und Gerechtigkeit“

26. - 28.5.2007, Jugendherberge Limburg, EIRENE - Pfingsttreffen "Der Gewalt widerstehen - 50 Jahre EIRENE"

Infos: www.eirene.org/jubilaeum/

Terminkalender und Links

G8-Proteste

1.6.07

Vorläufige Neubesiedelung des Bombodrom-Geländes, Freie Heide

Links: www.g8andwar.de,
www.euromarches.org

2.6.07

Internationale Großdemonstration in Rostock

Eine andere Welt ist möglich!

Das Ökumenische Netz unterstützt im Rahmen der Initiative „ChristInnen: Auf nach Heiligendamm“ den Aufruf zur Demo.

Links: www.gipfelsoli.org
www.heiligendamm2007.de
www.attac.de/heiligendamm07
www.g8-germany.info

3.6.07

Aktionstag Globale Landwirtschaft

Link: www.dissentnetzwerk.org/wiki/Arbeitsgruppe_G8_und_Landwirtschaft

4.6.07

Migrationspolitischer Aktionstag

Aktionen an Ausländerbehörden und Lagern, Demonstration in Rostock, größere Veranstaltung

Link: www.nolager.de/blog/node/377

4.-7.6.07

Blockaden und Sternmarsch

www.block-g8.org

Das Ökumenische Netz unterstützt den Aufruf „Block G8: Bewegen, blockieren, bleiben“ und nimmt mit einer kleinen Gruppe an den Blockaden und dem für den 7.6. geplanten Sternmarsch auf Heiligendamm teil.

Kontakt:

Thomas Braun, KSJ Speyer,
Mail: [ksj\(at\)bistum-speyer.de](mailto:ksj(at)bistum-speyer.de)

Waltraud Andruet, Pax Christi Saar,
Mail: [waltraud_andruet\(at\)t-online.de](mailto:waltraud_andruet(at)t-online.de)

5.6.07

Aktionstag Antimilitarismus
www.g8andwar.de

5.-7.6.07

Alternativ (Gegen-)Gipfel zum G8-Gipfel, Rostock
www.g8-germany.info